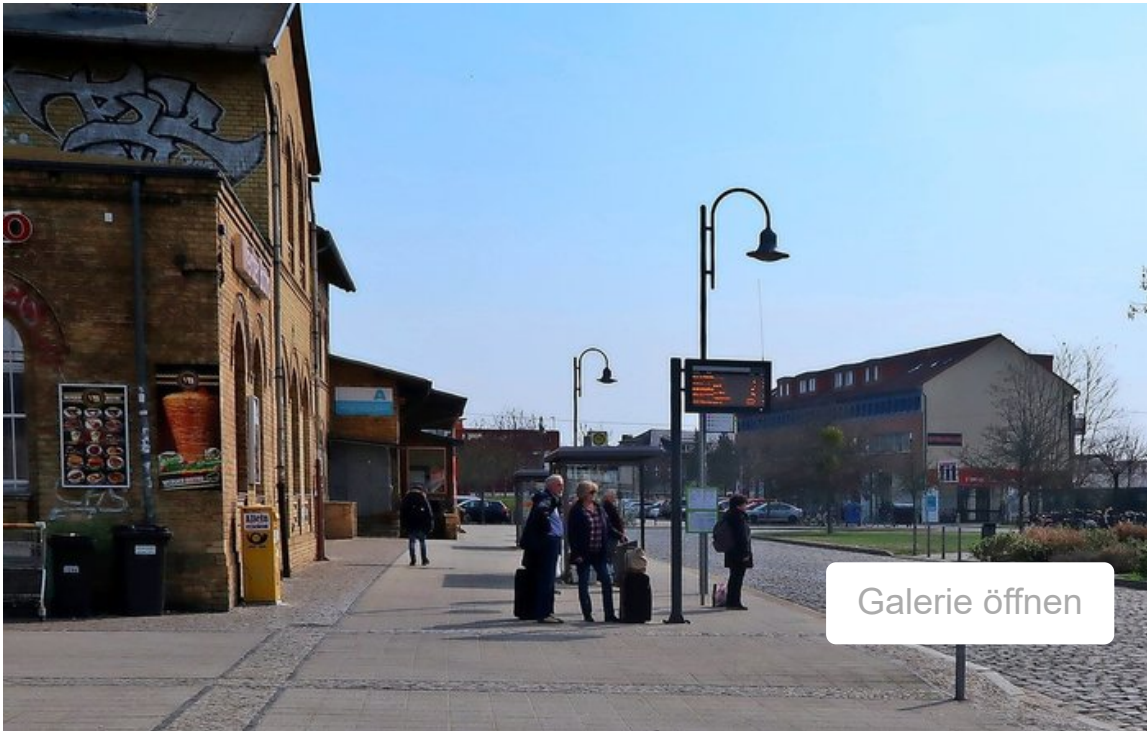


Mittwoch, 19. Februar 2020 [Potsdam-Mittelmark](#)

Sorge vor wildem Bauen im Werderaner Bahnhofsviertel

Freie Bürger wollen mit Dringlichkeitsantrag ein Entwicklungsgebiet durchsetzen

Von Heinz Helwig



Der Bereich um den Bahnhof Werder soll zum Entwicklungsgebiet erklärt werden, schlägt die Fraktion Freie Bürger Werder vor. Foto: Luise Fröhlich

Werder. Um die Zukunft des Umfeldes des Bahnhofs in Werder sorgt sich die Fraktion Freie Bürger in der Stadtverordnetenversammlung. Nicht der Bahnhofsvorplatz allein, ein Gebiet von 80000 Quadratmeter rund um den Haltepunkt seien ein prominenter Ort für die Werderaner und ihre Besucher. Der Bahnhofsbereich sei das Eingangstor in die Stadt und bilde sozusagen eine natürliche Klammer zwischen der Innenstadt und den Werderaner Havelauen, sagt die Fraktion. Das Umfeld entwickle sich allerdings nicht gerade so, wie es sich die Stadt ursprünglich vorgestellt habe.

Darum wollen die Freien Bürger Werder einen Dringlichkeitsantrag in die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Mobilität und Umwelt an diesem Mittwoch einbringen. Die Stadtverwaltung möge

prüfen, inwieweit das Bahnhofsviertel zu einem Entwicklungsgebiet erklärt werden kann. Damit würde sie einer unkontrollierten Bebauung des Areals vorbeugen und selbst auf dessen Zukunft Einfluss nehmen können, argumentiert Fraktionsvorsitzender Fred Witschel. Er bringt den Antrag im Namen seiner Gruppe ein.

Das Entwicklungsgebiet soll den Bereich zwischen dem Bahnübergang, dem Heizkraftwerk, dem Parkhaus am Bahnhof und der Einmündung der Eisenbahnstraße in die Phöbener Straße umfassen. Die Stadtverwaltung sollte bis zum Mai dieses Jahres dem genannten Ausschuss ein Prüfergebnis vorlegen. Fällt dieses Ergebnis positiv aus, soll die Stadtverwaltung der Stadtverordnetenversammlung für die Sitzung im Juni dieses Jahres einen Beschlussvorschlag unterbreiten.

Derzeit seien für das Bahnhofsumfeld viele Planungen im Gange, sagt Witschel. Mit dem zunehmenden öffentlichen Personennahverkehr steige der Druck auf Flächen, die für den vorgesehenen Rad- und Fußgängertunnel am Bahnhof, für weitere Haltestellen auf einem Busbahnhof oder für das geplante zweite Parkhaus gebraucht werden. „Es wird recht wenig von dem Stadtbild übrig bleiben, wie wir es heute noch kennen“, mahnt der Fraktionschef.

Auf einigen wesentlichen Grundstücken im beschriebenen Gebiet rund um den Bahnhof deute sich schon jetzt eine beginnende Entwicklung an. Der mittelfristig anvisierte Verkehrstunnel unter dem heutigen Bahnübergang mit einem geplanten Kreisverkehr am Netto-Parkplatz werde etliche Eigentümer noch unbebauter Grundstücke durchaus dazu motivieren, über eine Verwertung ihrer Flächen neu nachzudenken, glauben die Freien Bürger. Die mittelmärkische Bauaufsicht werde weitere Bauanträge genehmigen. Die Beispiele, in denen Bauabsichten gegen den ausdrücklichen Willen Werders durchgesetzt werden, würden sich in der Stadt häufen, führt der Fraktionsvorsitzende an.

Darum sei die Stadtverwaltung gut beraten, zu prüfen, inwieweit sie über ein städtebauliches Entwicklungsgebiet für den Bereich ihren Einfluss auf die künftige Gestaltung sichern kann. Im Ernstfall würde sie sogar ihr Vorkaufsrecht bei Grundstücksverkäufen einsetzen können.

Die Freien Bürger sehen dabei auch einen wirtschaftlichen Vorteil. Die Stadt diskutiere gegenwärtig über Kosten in Höhe von rund 25000 Euro für jeden gewonnenen Stellplatz in einem geplanten zweiten Parkhaus am Bahnhof. Ein gute gestalteter Park-and-Ride-Platz beispielsweise

an der Bundesstraße 1 bei Werder oder an der Phöbener Chaussee in den Havelauen würde nicht nur die Innenstadt vom Verkehr entlasten, sondern wäre nach Ansicht der Fraktion auch erheblich preiswerter.

Ob die „völlig unbefangenen“ Überlegungen auch von den anderen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung mitgetragen werden, bleibt abzuwarten. In ersten Gesprächen sollen die Linke und die SPD zumindest angedeutet haben, mit den Vorschlägen mitgehen zu können, meint Witschel. Sollte das Stadtparlament der Argumentation der Freien Bürger folgen, müsste sich die Stadt ein externes Ingenieurbüro für ein entsprechendes Konzept suchen.